Nüshası 5 Kuruştur

Abone
Dahil için: Aylık 1,75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Haric için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R.M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre)
Ilânat
1. Sahifede: santimetresi 100 Kur.
2. » » » 75 »
3. » » » 60 »
4. » » » 30 »
Idarehane: Şişhane Karakol Yokuşu, Saverio Kaleya Çikmazı Feniks mathâsı
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: Beyoğlu 1733
Posta Kutusu, Galata 269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd., 3 Monate 4,75 T.Pfd., 6 Monate 8 50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch. 2. Seite 75 Grusch. 3. Seite 60 ---- Grusch. 4 Seite 30 Grusch. ----
(Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

3. JAHRGANG NO. 293 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Dienstag, 23. Okt. 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Dr. Hugo Eckener Washingtonda bir proje vucuda getirerek Amerika ve Avrupa arasında muntazam haval seferler icrasını mevzubahs etmektedir. Bu seferler dört günde yapilacaktir, ve bu havai hattı te'sis için 14 milyon dolar mesarif lazım olduğu, anlaşılıyor.

«Poincaré» sah günü hükumete fransız-amerikan borçlar mukaveleslnin tasdikini, teklif etecektir.

Cemahiri müttehidei Amerikada Riyaset intihabatına 6 teşrinisani de başlanacaktır.

Dr. Hugo Eckener erörterte in Washington den Plan eines regelmässigen viertägigen Luftschiffdienstes zwischen Europa und Amerika, dessen Gesamtkosten sich auf 14 Millionen Dollar belaufen würden.

Poincaré wird am Dienstag dem Ministerrat die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens vorschlagen.

Die nordamerikanischen Präsidentschaftswahlen werden am 6. November stattfinden.

Frankreich gegen die russische Konzessionspolitik.

Paris, 22. Okt.

Die französische Regierung hat ihren Botschafter in Moskau beauftragt, gegen die Uebertragung französischer Konzessionen an Kapitalisten anderer Staaten durch die Sowjetregierung Protest einzulegen.

Kroatische Demonstrationen gegen Belgrad.

Agram, 22. Okt.

Nach einer Meldung aus Belgrad veranstalteten 50.000 kroatische Bauern in Susak in der Nähe von Agram Demonstrationen gegen die Regierung in Belgrad, wobei die kroatischen Führer erklärten, dass die Belgrader diplomatische Polizei Südslawien isoliert habe.

Vor den Präsidentschaftswahlen in U. S. A.

New York, 22. Okt. (A.A.)

Hoover ist in New York eingetroffen, wo er einen letzten Wahlaufruf für die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten herausgeben wird. Am Abend wird er in Maddison Square seine letzte Wahlrede halten, um sich hierauf nach dem Westen zu begeben, wo er das Ergebnis der Wahlen am 6. November abzuwarten gedenkt.

Attentat auf Al Smith.

Berlin, 12. Oktober

Nach einer Meldung aus New York wurden gegen den Sonderzug des Gouverneurs Smith auf dem Wege von Albany nach Chikago beim Ueberschreiten der Grenze des Staates Ohio nach Indiana mehrere Schüsse abgefeuert. Gouverneur Smith blieb unverletzt.

Das Piratenunwesen in den chinesischen Gewässern.

Berlin, 22. Okt.

Einer Meldung aus dem Haag zufolge beschloss die holländische Regierung wegen des zunehmenden Piratenunwesens in den chinesischen Gewässern, allen Ostasiendampfern eine militärische Bedeckung mitzugeben.

Ein französisches Dorf niedergebrannt.

Berlin, 22. Okt.

Bei Grenoble brannte ein kleines Dorf mit 15 Hausern nieder. Die Ursache des Brandes ist in der Unachtsamkeit von Automobilisten zu suchen, die bei Kerzenlicht Benzin nachfüllten, wobei der Benzinbehälter explodierte.

Der Seeleutestreik in Marseille.

Berlin, 22. Okt.

Infolge des Seeleutestreiks in Marseille können etwa 7000 Passagiere nicht abreisen.

Die türkisch-syrischen Grenzfragen

Angora, 22. Okt.

Der französische Botschafter Comte de Chambrun wird sich heute abend mit den nötigen Anweisungen seiner Regierung zur Besprechung der türkisch-syrischen Grenzfragen nach Angora begeben. Nach der Eröffnung der G. N. V. am 1. November, der Chambrun beiwohnen wird, wird sich der französische Botschafter mit der Regierung in Verbindung setzen, um die Verhandlungen über die Festlegung der türkisch-syrischen Grenze aufzunehmen. In diesen Besprechungen soll die endgültige Form des Grenzverlaufes zwischen Syrien und der Türkei, der nach rein sachlichen geographisch-ethnologischen Gründen bestimmt werden soll, festgelegt werden. Ausserdem wird die Angelegenheit der türkischen Staatsbürger, die in Syrien Besitztümer haben und die Anerkennung ihrer früheren bürgerlichen Rechte fordern, diskutiert werden.

Die ausländischen Vertreter zur Eröffnung der G. N. V.

Zu dem Zusammentritt der G.N.V., die durch eine Rede des Staatspräsidenten eröffnet wird, haben sich bereits zahlreiche diplomatische Vertreter des Auslandes nach Angora begeben. Der diplomatische Vertreter Polens Olschewsky, der zum Gesandten ernannt wurde, ist gestern bereits nach der Hauptstadt abgefahren, um am 29. Oktober sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Der Botschafter Russlands Suritsch wird am Freitag nach Angora fahren, der englische Botschafter Sir Clark am Sonnabend. Der ungarische Gesandte Tahi, der zur Zeit seinen Urlaub in Ungarn verbringt, wird in zwei Tagen in Konstantinopel eintreffen, um nach kurzem Aufenthalt nach Angora weiterzufahren.

Aus der Gemischten Austauschkommission.

Der Präsident der griechischen Delegation bei der Gemischten Austauschkommission kündigte an, dass er am Freitag in Konstantinopel eintreffen wird. Die Sonderkommission die für Thrakien bestimmt war, fährt endgültig nächsten Montag über Adrianopel nach Thrazien. Wie wir berichtet hatten, wird die Kommission ihren Hauptsitz in Adrianopel nehmen, um von dort aus nach verschiedenen Richtungen ihre Studienreisen anzutreten. Der Präsident der griechischen Delegation Diamandopulos wird sich nach seiner Rückkehr aus Athen in Konstantinopel der Kommission anschliessen. Die Kommission wird erst die nach Adrianopel eingewanderten türkischen Flüchtlinge besuchen, um hierauf in die Gegend von Gümüldschine weiterzureisen.

Die Gebäude der Staatsbank und der Wirtschaftsbank.

Angora 22. Oktober

Die beiden grossen Gebäude für die Wirtschaftsbank sind in Angora fertiggestellt. Noch im Laufe dieser Woche wird die Eröffnung den beiden Gebäude in Anwesenheit des Staatspräsidenten und anderer höherer Regierungsbeamten stattfinden. Die beiden Gebäude zählen zu den schönsten und grössten Bauten der türkiscnen Hauptstadt.

Panasiatischer Kongress in Batum.

Trapezunt, 22. Okt.

Nach einer Meldung aus Trapezunt wird im nächsten Frühjahr in Batum ein panasiatischer Kongress stattfinden. Die Beschlüsse des Kongresses, die sich mit den wichtigsten asiatichen Problemen beschäftigen sollen, werden geheim gehalten.

19 Tote in Vincennes.

Berlin, 22. Okt.

Aus den Trümmern des in Vincennes bei Paris eingestürzten Neubaues, wurde am Sonntag die letzte Leiche geborgen, sodass sich die endgültige Zahl der Toten auf 19 beläuft.

46 Tote, 38 Verwundete in Prag.

Berlin, 22. Okt.

Die Zahl der Opfer der Prager Einsturzkatastrophe beträgt insgesamt 46 Tote und 38 Verwundete.

Der neue Weltluftverkehr.

Die Welt wird kleiner mit jedem Tag.

Viertägiger Flugverkehr Europa-Amerika. Besprechungen Eckeners mit der Goodyear Zeppelin-Co.

Berlin, 22. Oktober.

Auf dem Frühstück des Washingtoner National Press-Club erklärte Dr. Hugo Eckener, er erstrebe zunächst die Einrichtung eines Flugpostdienstes mit vier Luftschiffen von 2 1/2 tägiger Fahrtdauer, sodass alle vier Tage ein Luftschiff in jeder Richtung starten könne. Der Bau der Luftschiffe würde etwa je 2 Millionen Dollar kosten. Dazu kämen zwei Lufthäfen für je 3 Millionen. Dr. Hugo Eckener reiste mit seiner Begleitung am Sonntag nach Akron zu Besprechungen mit dem Präsidenten der Goodyear Zeppelin-Co.

Zum englisch-indischen Flugverkehr. Errichtung von Flugstationen in Griechenland.

Berlin, 22. Oktober.

Die griechische Regierung stimmte dem Ersuchen Englands nach Errichtung von Flugzeugstationen in Korfu, Argostole, Nabarino und in der Sudabucht zu, die der Erleichterung des englisch-indischen Flugverkehrs dienen sollen.

Sturm über den britischen Inseln.

London, 22. Okt. (A.A.)

Ein grosser Teil der britischen Inseln wurde am Samstag und Sonntag von einem Sturm von ausserordentlicher Gewalt heimgesucht, der auf dem Land und zur See grosse Verwüstungen verursachte. Zahlreiche Schiffe sind gesunken.

Ueberschwemmungen in der Schweiz.

Genf, 22. Okt.

In den westlichen Gebieten der Schweiz fanden infolge plötzlich einsetzenden Föhnwetters, das den Schnee auf den Bergen zum Schmelzen brachte, grosse Ueberschwemmungen statt. Zahlreiche Dörfer an der Rhone stehen unter Wasser.

Hünefeld wird in Tokio gefeiert.

Berlin, 22. Okt.

Anlässlich der Ankunft Freihern von Hünefelds in Tokio wurden etwa 5 Tage dauernde Festlichkeiten angeordnet.

Eine japanische Studienkommission in Berlin

Berlin, 22. Okt.

Eine japanische Studienkommission ist in der deutschen Hauptstadt eingetroffen, um sich dem Studium der deutschen Gesetzgebung zu widmen.

Eine Goetheausstellung in Bochum.

Berlin, 22. Okt.

In Bochum wurde einegrosse Götheausstellung eröffnet, auf der der Präsident der Goethegesellschaft Prof. Petersen täglich ein anderes Göthedrama zur Aufführung bringen wird.

Abbruch des Streiks in Dünkirchen.

Berlin, 22. Okt.

Die streikenden Dünkirchener Seeleute beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Beendigung des Lodzer Textilarbeiterstreiks.

Berlin, 22. Okt.

Die Delegiertenversammlung der Lodzer Textilarbeitergewerkschaft beschloss die Aufhebung der Streikmassnahmen und Wiederaufnahme der Arbeit für Dienstag.

Drummond in Warschau.

Genf, 22. Okt.

Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Erik Drummond wird sich auf eine Einladung Zaleskis hin Ende November in Begleitung des zweiten Generalsekretärs Sugimura nach Warschau begeben.

Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens.

Berlin, 22. Okt.

Dem «New York Herald» zufolge will Poincaré am Dienstag beim französischen Ministerrat die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens vorschlagen.

Japans Verhandlungen mit Nanking.

Berlin, 22. Okt.

Einer Meldung des «Daily Telegraph» aus Schanghai zufolge, schreiten die Verhandlungen Japans mit der Nankingregierung günstig fort, sodass mit einer baldigen Beilegung der japanisch-chinesischen Streitfragen gerechnet wird.

Die Bedeutung der Darmstädter Nationalbank.

London, 22. Okt.

Die Londoner «Financial Times» hebt die grossen Verdienste Direktor Goldschmidts, des Leiters der Darmstädter Nationalbank hervor und betont, dass er es war, der als erster Finanzmann Deutschland nach dem Kriege in das internationale Finanzleben wieder einführte.

***

Die Darmstädter Nationalbank war es bekanntlich auch, die die Bauunternehmungen des Julius Berger Konzerns in der Türkei finanzierte.

Hugenberg.

Berlin, 22. Okt.

Hugenberg legte wegen seiner Wahl zum Vorsitzenden der deutsch-nationalen Volkspartei den Vorsitz der Fachgruppe Bergbau im Reichsverband der deutschen Industrie nieder.

Der spanische Luftfahrtdirektor auf der Ila.

Paris, 22. Okt.

Der Direktor des spanischen Luftfahrtdienstes Loriano hat sich von Le Bourget nach Berlin begeben, um die Ila zu besichtigen.

Aus Deutschland.

Um die Verwaltungsreform.

Berlin, 22. Okt.

Im Kongressaal der Reichskanzlei trat am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers der von den Länderregierungen eingesetzte Ausschuss für Verwaltungsreform zu seiner zweiten Tagung zusammen, um die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu besprechen. Es liegen 25 verschiedene Denkschriften vor.

Das Fiasko des kommunistischen Volksbegehrens.

Berlin, 22. Okt.

In 20 Reichstagswahlkreisen wurden für das kommunistische Volksbegehren auf Erlass eines Gesetzes zum Verbot von Kriegsschiffbauten nach den endgültigen Feststellungen etwas über 925,000 Stimmen abgegeben, das entspricht ungefähr 3,68 v. H. der Wahlberechtigten. Zur Ingangsetzung des Volksbegehrens sind aber mindestens 10 v. H. der Wahlberechtigten nötig. Aus 15 Wahlkreisen stehen die endgültigen Ergebnisse noch aus.

Attentat auf Scheidemann.

Frankfurt a. M., 22. Okt.

Auf einer sozialistischen Vereammlung in Höchst wurde auf Abgeordneten Scheidemann ein Bombenattentat verübt. Dem Attentäter gelang es unerkannt zu entkommen.

Aus der deutschnationalen Vertretertagung...

Berlin, 22. Okt.

Die deutschnationale Vertretertagung wurde am Sonntag nach den beiden grossen Programmreden des neuen Parteiführers Hugenberg und des Fraktionsführers Graf Westrap geschlossen. Hugenberg führte in seiner Rede unter anderem aus, Deutschland stände vor dem Ergebnis eines falschen politischen Rechenexempels, Stresemanns Politik hätte nicht alle Möglichkeiten ausgenützt und die entscheidende Frage der deutschen Aussenpolitik sei heute nur, ob Deutschland Gefahr laufe, das Schlachtfeld der Welt zu werden. Graf Westarp erklärte, das Ende der Locarnopolitik für selbstverständlich und bezeichnete sich als keinen grundsätzlichen Gegener der Kommerzialisierung der Reparationsverpflichtungen. Gefahr bestände nur darin, dass die Lasten privatwirtschaftlich festgelegt würden. Dazu käme, dass Poincaré wahrscheinlich keine endgültige Lösung der Reparationslage sondern nur eine Deckung der nächsten dringenden Verpflichtungen Frankreichs beabsichtige.

...und der Vertretertagung der demokratischen Partei.

Berlin, 22. Okt.

Die Vertretertagung der demokratischen Partei Deutschlands sprach am Sonntag den beiden demokratischen Reichsministern und dem Parteivorstand ihr Vertrauen aus. Auf der Tagung wurde u. a. in einer Entschliessung die Regelung der schulpolitischen Fragen durch ein Konkordat abgelehnt.

Letzte Nachrichten

Parker Gilbert in Brüssel.

Brüssel, 23. Okt. (A.A.)

Parker Gilbert wird morgen in Brüssel eintreffen, wo er sich mit den Regierungsmitgliedern über die Revision des Dawesplanes besprechen wird.

Die Regierungserklärung Weniselos'.

Athen, 23. Okt. (A.A.)

Die Regierungserklärung, die von Weniselos verlesen wurde, wurde fast einstimmig von der Kammer gebilligt. Sie befasste sich besonders mit dem italienisch-griechischen Abkommen, in dem ein neues Element zur Garantie des Friedens und zur Befestigung der griechisch-italienischen Beziehungen gesehen wird.

Explosionskatastrophe in Cordoba.

6 Häuser völlig zerstört.

Berlin, 22. Okt.

Im Zentrum Cordobas in Argentinien wurden infolge der Explosion eines Benzindepots 6 Häuser, darunter ein Bankgebäude, vollständig zerstört. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 3 Millionen Pesos.

Japan zum Seekompromiss.

Tokio, 22. Okt. (A.A.)

Die Regierung veröffentlichte die japanische Note vom 7. September, die die Antwort der Regierung auf die englische Note über das englisch-französische Seeabkommen enthält. Japan stimmt im Prizip dem Kompromiss zu, fordert indessen eine neue Prüfung der Klauseln über den Kreuzerbau von 10.000 t und der grossen Unterseeboote.

Das neueste Faschistengesetz.

(Von unserem Berichterstatter.)

T Rom, 16. Okt.

Man hat im gesamten Ausland die grosse Zeremonie zur Notiz genommen, mit der Mussolini das neue Gesetz über die Funktion des Grossen Faschistischen Rates proklamierte, man hat sich aber im allgemeinen wenig darum gekümmert, was dieses Reformwerk des italienischen Duce sagen will, was es Neues bringt und was durch sein Inkrafttreten an den bestehenden Staatsformen sich ändern wird. Wenn man sich den Sinn dieses neuen Gesetzes vergegenwärtigen will, so hat man zunächst zu beachten, dass sein Wortlaut theoretisch vielleicht eine grundlegende Aenderung der Verfassung bedeutet, praktisch genommen jedoch nicht das geringste an dem geltenden System des Faschismus als Staatsträger ändert. Bisher hatte die faschistische Partei in Italien wohl das Ruder der Macht unbestritten in den Händen, aber diese Macht basierte lediglich auf dem Willen der Partei, nicht auf der Verfassung, die keineswegs bis jetzt der Partei Mussolinis die Rechte zubilligte, die sie sich stets herausnahm. War bis zum Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes die Funktion des schon lange bestehenden Grossen Faschistischen Rates lediglich privater Natur, so wird sie jetzt verfassungsmässiges Recht. Bei der unbestrittenen Stärke des Faschismus brauchte der Grosse Faschistische Rat zwar nicht auf die Forderung der Legalisierung seiner Funktionem zu bestehen, weil auf Grund der Mächtfülle, die ihm gegeben war, diese privaten Funktionen sowieso schon der Aufgabe gesetzgeberischen Arbeiten gleichkamen. Immerhin bestand zwischen der Tätigkeit und dem alles beherrschenden Wirkungskreis des Grossen Faschistischen Rates und den Bestimmungen der nichtrevidierten Verfassung eine grosse Kluft, die jetzt von Mussolini geschlossen worden ist. Zusammenfassend kann man also sagen, dass das neue Gesetz über den Grossen Faschistischen Rat die noch im Widerspruch zu der Verfassung stehenden Verhältnisse in Italien legalisieren will. Damit hat letzten Endes Mussolini rein äusserlich sein Werk gekrönt. Denn er hat die faschistische Partei in der Verfassung verankert, die Verfassung als solche zu einer ausgesprochen faschistischen gemacht. Was letzten Endes besagt, dass die jetzt bestehende Verfassung, verbunden mit dem bestehenden faschistischen System, nur noch durch Gewalt, das wäre also durch eine Revolution, beseitigt werden kann.

Diese neuen Bindungen zwischen Verfassung und Faschismus werden durch einige Bestimmungen schon rein äusserlich zum Ausdruck gebracht. War bisher der Duce del Fascismo der Präsident des Grossen Faschistischen Rates, so soll dieser Posten in Zukunft immer dem Regierungschef zufallen. Die Mitglieder des Grossen Faschistischen Rates waren der Oeffentlichkeit und den Gesetzen gegenüber reine Privatpersonen. Durch das neue Gesetz erhalten sie eine weitgehende Immunität. Ohne Genehmigung des Grossen Faschistischen Rates kann kein Strafverfahren, kein Disziplinarverfahren gegen irgendeines der Mitglieder des Rates eingeleitet weeden. Somit wird durch das Gesetz das Parteigremium des Rates zu einem Staatsorgan, wird die ganze faschistische Partei mit dem Staat verankert, was insofern eine grosse Bedeutung für die Zukunft hat, als bei einem eventuellen Ableben Mussolinis der faschistische Staat an die legale Verfassung gebunden ist, die dann nur durch ungesetzliche Kräfte und auf dem Wege der Gewalt beseitigt werden könnte.

Im Ausland hat ganz besonders der Passus des Gesetzes Interesse gefunden, der sich mit den konstitutionellen Fragen befasst. Ganz falsch wäre die Annahme, dass hier Mussolini versuche, die Monarchie selbst in Italien zu erschüttern oder den Weg vorzubereiten, die Thronfolge des herrschenden Hauses Savoyen zu beseitigen. Im Gegenteil, das neue Gesetz zieht auch die Monarchie und mit ihr das augenblicklich regierende Königshaus in seinen verfassungsmässigen Schutz ein. Das heisst mit anderen Worten, der Faschismus in Italien spricht sich durch das neue Gesetz für die Monarchie aus. Da Verfassung und Faschismus gleichzeitig miteinander verbunden werden, so hat auch der monar-